

Inhaltsverzeichnis

AbkürzungsverzeichnisXIX

Literaturverzeichnis..... XXIII

Einleitung1

Erster Teil: Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und seine Regelungen bezüglich Drittstaaten5

A. Inhalt und besondere Charakteristik des NVV5

I. Entstehungshintergrund und Zielsetzung5

II. Die einzelnen Regelungen und ihre Systematik7

1. Unterscheidung zwischen KWS und NKWS8

2. Recht auf friedliche Nutzung von Kernenergie 10

3. Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen 12

a. Regelungen zur Nichtweiterverbreitung unter Art. I und II NVV 13

b. Sicherungsmaßnahmen nach Art. III NVV 14

4. Pflicht zu Verhandlungen sowie Abschluss eines Abrüstungsvertrages 16

5. „The Grand Bargain“ 20

III. NVV als integraler Vertrag 21

1. Definition des integralen Vertrages 21

2. NVV als Anwendungsfall 22

3. Voraussetzungen der Vertragssuspendierung 23

a. Erhebliche Vertragsverletzung 23

b. Kein Ausschluss der Suspendierungsmöglichkeit 25

4. Fazit 28

IV. Zwischenergebnis 28

IX

B.	Regelungen betreffend Drittstaaten innerhalb des NVV	29
I.	Grundsätzliches Interaktionsverbot in Nuklearangelegenheiten.....	29
II.	Bedingte Handelsmöglichkeit unter dem IAEO-Sicherungssystem.....	31
1.	Gegenstand möglicher Handelsaktivitäten mit Drittstaaten.....	32
2.	Bestimmung des Umfangs der geforderten IAEO-Sicherungsmaßnahmen	32
a.	Unterschiedliche Verständnisse von Art. III Abs. 2 NVV.....	33
(1)	Progressive Auslegungsvariante	34
(2)	Restriktive Auslegungsvariante	34
b.	Zielsetzung und systematischer Zusammenhang von Art. III Abs. 2 NVV	34
(1)	Ziel, Zweck und systematischer Zusammenhang innerhalb des NVV	34
(2)	Vertragszusammenhang nach Art. 31 Abs. 2 WVK.....	35
c.	Spätere Übereinkünfte der Vertragsstaaten im Sinne von Art. 31 Abs. 3 WVK	36
(1)	Begriffsbestimmung „Übereinkunft“	36
(a)	Gegenstand einer Übereinkunft nach Art. 31 Abs. 3 lit. a WVK	37
(b)	Gegenstand einer Übereinkunft nach Art. 31 Abs. 3 lit. b WVK.....	39
(c)	Zustandekommen einer Übereinkunft.....	41
(d)	Fazit: Einheitlicher Begriff der „Übereinkunft“	42
(2)	Beschlüsse auf Staatenkonferenzen	43
(3)	Staatenpraxis in der Anwendung von Art. III Abs. 2 NVV	45
(a)	Entwicklung ab 1971.....	45
(b)	Umsetzung der progressiven NSG-Richtlinien ab 1992	47
(c)	US-Sonderabkommen mit Indien 2005	48
d.	Zwischenergebnis	49
III.	Tatsächliche Auswirkungen auf Drittstaaten	50
1.	Brasiliens Nuklear-Handelsbeziehungen vor NVV-Beitritt	51
2.	Pakistans Nuklear-Handelsbeziehungen.....	52

3. Indiens Nuklear-Handelsbeziehungen	53
4. Israels Nuklear-Handelsbeziehungen	55
5. Zwischenergebnis	56
IV. Bewertung	57
C. Ergebnis zum ersten Teil: Die mittelbare Drittwirkung der Art. I – III NVV	57

**Zweiter Teil: Rechtliche Bindungswirkung der
Vertragsgegenstände des NVV gegenüber Drittstaaten
außerhalb des konkreten Vertragsregimes**

A. Ermittlung der NVV-Vertragsgegenstände mit normkreierendem Charakter	60
I. Methodische Vorgehensweise	61
II. Regelungen zum Kernwaffenbesitz	62
III. Regelungen zur friedlichen Nutzung von Kernenergie.....	64
IV. Zwischenergebnis	64
B. Kernwaffenbesitz bereits nach UN-Charta unzulässig?	65
C. Kernwaffenverbot für alle Staaten außer <i>de iure</i> -KWS als Völkergewohnheitsrecht	68
I. Begriff und Nachweis von Völkergewohnheitsrecht.....	68
II. Rechtlicher Status zum Zeitpunkt des NVV-Entstehungsprozesses.....	69
III. Gewohnheitsrechtliche Entwicklung nach Inkrafttreten des NVV?	70
1. NVV als möglicher Ausgangspunkt.....	70
2. Nichtakzeptanz durch Drittstaaten	71
3. Rechtsüberzeugung der Vertragsstaaten?.....	73
a. Ursprüngliche Konzeption als Übergangslösung.....	73
b. Perpetuierung der Norm?	74
4. Zwischenergebnis	76
D. Kernwaffenverbot für alle Staaten außer <i>de iure</i> -KWS durch Sicherheitsratsresolutionen	76
I. Rechtliche Bindungswirkung nach Kapitel VII UN-Charta.....	77
II. Resolution 1540 als legislative Maßnahme	78

1.	Begriff des legislativen Handelns	79
2.	Einordnung von Resolution 1540 als Legislativakt.....	81
	a. Ermittlung der verbindlichen Maßnahmen des operativen Teils	81
	b. Inhalt und rechtsetzende Eigenschaft der erlassenen Maßnahmen.....	82
3.	Zulässigkeit der Resolution 1540 nach der UN-Charta	82
	a. Autoritative Auslegung der UN-Charta durch den UN-Sicherheitsrat.....	83
	b. Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als Friedensbedrohung	84
	(1) Gefährdung von Individualrechtsgütern als Friedensbedrohung	85
	(2) Vorliegen eines internationalen Bezugs	86
	(3) Abstrakte Gefahrenlage als Friedensbedrohung.....	87
	(4) Verhältnis zum Maßnahmenbeschluss nach Art. 41 UN-Charta.....	88
	c. Notwendigkeit einer Legislativmaßnahme zur effektiven Friedenswahrung.....	89
	d. Bestätigung durch die Staatengemeinschaft	91
	e. Verhältnismäßigkeit des Maßnahmenbeschlusses in Resolution 1540.....	93
	f. Anforderungen an den Entstehungsprozess legislativer Maßnahmen	95
	g. Zwischenergebnis	96
4.	Ermittlung gemeinsamer Inhalte von NVV und Resolution 1540.....	97
	a. Weitergabeverbot von Kernwaffen an nichtstaatliche Akteure.....	97
	b. Sicherungspflicht vorhandener Kernwaffenbestände	98
	c. Kein NVV-Verbot zur Unterstützung nichtstaatlicher Akteure.....	98
	d. Keine NVV-Verhinderungspflicht zur nichtstaatlichen Waffenherstellung	99

5.	Außervertragliche Geltung von NVV-Inhalten mittels Resolution 1540	100
III.	Einzelfallresolutionen betreffend NVV-Drittstaaten.....	100
1.	Israel.....	101
2.	Indien und Pakistan	101
3.	DPRK seit NVV-Austritt.....	102
IV.	Zwischenergebnis	103
E.	Mitwirkungs- und Abschlusspflicht an einem Abrüstungsvertrag	104
I.	Verankerung in der UN-Charta?	104
II.	Keine Verbindlichkeit durch UN-Sicherheitsratsresolutionen.....	106
III.	Völkergewohnheitsrechtliche Verankerung?	106
1.	UN-Charta als Ausgangspunkt.....	106
a.	Erste Anstöße der UN-Generalversammlung	107
b.	Pflicht zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.....	107
c.	Entgegenstehende Überzeugung der NVV-Staaten.....	108
2.	Gewohnheitsrechtsentwicklung anlässlich Art. VI NVV?.....	108
a.	Förderung durch die UN-Generalversammlung	109
b.	Gegenläufige Haltung des UN-Sicherheitsrats.....	110
c.	Keine Stellungnahme des IGH im Kernwaffengutachten	110
d.	Entgegenstehende Staatenpraxis	112
3.	Zwischenergebnis	114
F.	Kooperations- und Solidaritätspflicht zur friedlichen Kernenergienutzung.....	114
I.	Kooperations- und Solidaritätsprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht.....	115
II.	Kooperationspflicht aufgrund des Rechts auf Entwicklung?.....	117
III.	Zwischenergebnis	118
G.	Ergebnis zum zweiten Teil: Außervertragliche Geltung nur hinsichtlich Kooperations- und Solidaritätspflichten.....	119
H.	Fazit zum bisherigen Untersuchungsstand	120

Dritter Teil: Rechtliche Bindungswirkung der NVV-Regelungen zum Kernwaffenbesitz gegenüber Drittstaaten im Lichte gegenwärtiger Konstitutionalisierungsprozesse	123
A. Strukturwandel im Völkerrecht	123
I. Kompetenzen der UN-Organe	125
II. Werteorientiertes Völkerrecht.....	127
1. Anerkennung von <i>ius cogens</i> -Normen	127
2. Anerkennung von Normen mit Wirkung <i>erga omnes</i>	128
3. Unmittelbare Drittwirkung völkerrechtlicher Verträge	129
a. Verfügungsverträge	130
b. Institutionelle Verträge	130
c. Statusverträge.....	130
d. Verträge im Allgemeininteresse.....	133
4. Unzulässigkeit von Vorbehaltserklärungen	134
III. Zwischenergebnis	134
B. Strukturwandel im Zusammenhang mit NVV-Regelungen.....	135
I. Modifiziertes Völkergewohnheitsrecht.....	136
1. Ablehnung der Rechtsfigur des <i>persistent objector</i>	136
2. <i>Ius cogens</i> als eigenständige Rechtsquelle?	137
3. Konstitutive Prinzipien im Völkergewohnheitsrecht.....	138
4. Zwischenergebnis	139
II. Identifizierung einer neuen Rechtsquelle.....	139
1. Vereinbarkeit mit Art. 38 Abs. 1 IGH-Statut	140
2. Vorliegen von Gemeinschaftsinteressen.....	141
a. Möglichkeit der Existenz von Gemeinschaftsinteressen	141
b. Begriff des Gemeinschaftsinteresses	142
c. Vorrangstellung gegenüber dem Konsensprinzip	143
3. Rechtsetzung durch die internationale Gemeinschaft.....	144
a. Begriff der internationalen Gemeinschaft	144
b. Völkerrechtssubjektivität	145
c. Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Vertreter	145
4. Konsensunabhängige Rechtsentstehung	147

III. Zwischenergebnis	149
C. Pflicht zum Abschluss eines Abrüstungsvertrages als Gemeinschaftsrecht	149
I. Kernwaffenfreie Welt als Gemeinschaftsinteresse	150
1. Bewusstsein der Staaten hinsichtlich humanitärer Dimension....	150
2. Einflussnahme zivilgesellschaftlicher Vertreter	153
3. Zwischenergebnis	154
II. Annahme durch die internationale Gemeinschaft als Ganzes?.....	154
1. Anerkennung als Gemeinschaftsrecht durch Inkorporation in den NVV	155
2. Bedeutung der Resolutionen der UN-Generalversammlung.....	156
3. Zu große Diskrepanz zur Normwirklichkeit?.....	157
III. Zwischenergebnis	158
D. Kernwaffenverbot für alle Staaten außer <i>de iure</i> -KWS als Gemeinschaftsrecht?	158
I. Verhinderung des Kernwaffeneinsatzes als Gemeinschaftsinteresse	159
II. Annahme durch die internationale Gemeinschaft als Ganzes?.....	159
1. Zurückhaltende Anerkennung durch die UN-Generalversammlung	160
2. Kompromissbedingte Normausgestaltung im NVV	160
3. Differenzierung zwischen KWS und NKWS als politisches Steuerungsmittel.....	161
4. Verletzung legitimer Einzelinteressen	162
III. Zwischenergebnis	162
E. Ergebnis zum dritten Teil: Abschlusspflicht eines Abrüstungsvertrages als Gemeinschaftsrecht	163
Gesamtergebnis.....	165
A. Zu Inhalt und besonderer Charakteristik des NVV	165
B. Zu den NVV-Regelungen bezüglich Drittstaaten	165
C. Zu den NVV-Inhalten mit normkreierendem Charakter	166

D.	Zur Verankerung der NVV-Inhalte im allgemeinen Völkerrecht	166
I.	Zum Kernwaffenverbot für alle Staaten außer <i>de iure</i> -KWS	166
II.	Zur Abschlusspflicht eines Abrüstungsvertrages.....	167
III.	Zu den Kooperationspflichten bei friedlicher Kernenergienutzung	168
E.	Zum Strukturwandel im Völkerrecht.....	168
F.	Zur Qualifizierung von NVV-Inhalten als Gemeinschaftsrecht	169
	Schlussbemerkung	171
	Ausblick	173
	Anhang	175
A.	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (englische Originalfassung)	175
R.	Text des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (deutsche Übersetzung)	180